

Keine Mehrheit für Erdkabel

Südlink: Flachsbarth und Miersch raten Initiativen, sich schriftlich an Bundestag zu wenden

VON KIM GALLOP



Die BI-Mitglieder Jutta Fritzsche (von links), Anita Berlin, Günter Kleuker und Gert Bindernagel holen sich Tipps von den Bundestags- Abgeordneten Maria Flachsbarth und Matthias Miersch. Gallop

Isernhagen/Jeinsen. Die Vernetzung mit anderen Bürgerinitiativen (BI) in Niedersachsen und aus dem gesamten Bundesgebiet gehört für die BI „Stromtrasse-Isernhagen-vor-Ort“ derzeit zu einer wesentlichen Aufgabe. „Wir hoffen, damit mehr bewirken zu können“, teilt Anita Berlin für die Initiative mit. Diese Arbeit laufe oftmals im Hintergrund, und deshalb nutzte Berlin jetzt die Gelegenheit, an einem strategischen Gespräch über die geplante Stromautobahn Südlink mit den Bundestagsabgeordneten Maria Flachsbarth (CDU) und Matthias Miersch (SPD) sowie anderen BI-Vertretern teilzunehmen.

Gastgeber war der Jeinser Gert Bindernagel, der Sprecher der BI Jeinsen und Koordinator

der Erdkabel Offensive Südlink (EOS). EOS ist die Dachorganisation für die BIs, die nicht grundsätzlich gegen die Stromtrasse Südlink sind, sich aber dafür einsetzen, dass die Trasse als Erdkabel geführt wird. Außer den Isernhagenern kamen auch Burgdorfer Bürger und sowie die Initiativen Gümmer-Lohnde (Seelze) und Lebenswertes Marienmünster (Kreis Hötter). Die BI Jeinsen hat einen eigenen Trassenvorschlag erarbeitet und der Bundesnetzagentur vorgelegt. Eine Reaktion steht noch aus. Die Trassenführung nimmt besondere Rücksicht auf Natur- und Umweltschutz und kann durchgehend unterirdisch verlaufen.

Die Abgeordneten stellten klar, dass sie sich nicht für oder gegen eine bestimmte regionale Trassenführung aussprechen könnten. Denn sobald ein Trassenabschnitt geändert werde, sei eine andere Kommune betroffen. „Unsere Aufgabe ist, den Prozess kritisch zu begleiten und für Transparenz zu sorgen“, sagte Miersch. „Wir beide sagen: Erdkabel so viel wie möglich“, betonte Flachsbarth. Allerdings gebe es dafür noch keine Mehrheit im Bundestag. Deshalb empfahlen die Abgeordneten den BI-Vertretern, sich im Moment auf die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zu konzentrieren. In dem Gesetz, das derzeit beraten wird, müsse der Vorrang der Erdverkabelung gegenüber der Freileitung festgeschrieben werden.

Der nächste Schritt im Gesetzesverfahren sei die Anhörung im Wirtschaftsausschuss am 20. Mai, dann werde das EEG in den Fraktionen beraten. Die Gäste empfahlen den Bürgerinitiativen, sich schriftlich an die Abgeordneten sowie zusätzlich an die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses zu wenden.

„Es geht darum, die Fraktionen in Gänze zu sensibilisieren“, sagte Miersch. „Da habe ich in meiner Fraktion noch zu arbeiten“, bedauerte Flachsbarth. Ein gutes Argument sei, dass die Erdverkabelung die Akzeptanz in den von der Trasse betroffenen Kommunen erhöhe.

Brief an Politiker

Umweltschutzverein fordert: Südlink stoppen

Den Rat von Maria Flachsbarth und Matthias Miersch befolgt der Umweltschutzverein Isernhagen bereits. Er hat seine Forderung schriftlich formuliert und sie sowohl an Flachsbarth und Miersch als auch an Hendrik Hoppenstedt und Caren Marks geschickt.

„Seit Anfang an ist es unser Standpunkt, dass der Südlink überflüssig ist“, sagt Siegfried Lemke, Sprecher des Vereins. Gestützt auf seine Petition mit rund 1000 Unterschriften fordert der Umweltschutzverein von den Bundespolitikern: „Verschaffen Sie unabhängigen Wissenschaftlern Gehör.“ Diese erachteten die geplante Leitung für die Energiewende nicht für unnötig, sondern sogar als kontraproduktiv. Deshalb fordert der Verein die Politiker auf, den Planungsprozess zu stoppen, damit neuere Erkenntnisse und technische Möglichkeiten genutzt werden können.dt